

Landkreis braucht sich von Rechtsstreit nicht bremsen zu lassen

PFC-Skandal: Umweltminister stellt finanzielle Mittel in Aussicht / Spargel eines Landwirts belastet

Rastatt (ema) – Die Kreisverwaltung kann weitere Schritte zur Sanierung von PFC-verseuchtem Boden und Grundwasser in die Wege leiten, ohne im Streit mit dem Kompostierbetrieb Vogel um die Verursacherfrage auf den endgültigen Ausgang des Verwaltungsgerichtsverfahrens zu warten. Diese Zusicherung rang Landrat Jürgen Bäuerle am Montagabend dem Landesumweltminister Franz Untersteller (Grüne) bei einer Bürgerinformationsveranstaltung im Landratsamt ab.

„Das Landratsamt kann die erforderlichen Maßnahmen in die Wege leiten“, sieht Untersteller in der jüngsten Entscheidung des Verwaltungsgerichts ausreichend Rückenwind. Wie berichtet, wehrt sich der Kompostierbetrieb Vogel gegen die Anordnung der Kreisverwaltung, Detailuntersuchungen vergifteter Areale in Auftrag zu geben. Das Unternehmen steht im Verdacht, Landwirte in der Region mit einem Kompost-Papierschlamm-Gemisch beliefert zu haben und somit für die weiträumige Belastung von Böden und Grundwasser mit PFC verantwortlich zu sein. Vogel erwägt, gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Rechtsmittel einzulegen.

Untersteller indes bekräftigte am Montag, dass man andere Ursachen für die PFC-Belastung ausschließen könne.

Bei der von der Grünen-Landtagsabgordneten Beate Böhlen moderierten Veranstaltung drangen Landrat Bäuerle und die Baden-Badener OB Margret Mergen darauf, dass das Land bei den finanziellen Belastungen im Zuge der Sanierung Verantwortung übernimmt. Beide Behördenchefs forderten eine Vorfinanzierung unabhängig von der Frage, ob der mutmaßliche Verursacher tatsächlich zur Rechenschaft gezogen werden kann. Untersteller sagte, dass die Frage der Finanzierung notwendiger Maßnahmen in der eigens eingerichteten Kontaktgruppe zur PFC-Problematik mit Vertretern der Ministerien, des Regierungspräsidiums und der Kommunen erörtert werden könne. „Ich bin der Letzte, der sich da querstellt.“

In der Sache selbst bekräftigte der Umweltminister seinen Standpunkt, dass man zunächst gründlich untersuchen und Risiken eingrenzen müsse, um dann gezielt sanieren zu können – zumal eine unmittelbare Gefahr für Menschen nicht bestehe. Bis zum Sommer erwarte man Erkenntnisse, wie sich PFC in Böden und



Steht Rede und Antwort: Umweltminister Franz Untersteller bei der Bürgerinfoveranstaltung im Landratsamt. Foto: Vetter

Grundwasser ausbreite. Untersteller wandte sich gegen Forderungen nach unverzüglicher Sanierung, die der Rastatter SPD-Stadtrat Gunter Kaufmann im Namen des Gemeinderats, der Rastatter Bürgermeister Wolfgang Hartweg und der NABU-Kreisvorsitzende Wolfgang Huber erhoben. Dagegen sprang selbst der NABU-Landesvorsitzende Andre Baumann dem Minister

und den Behörden bei. Es gebe keine einfachen Antworten auf das komplexe Problem: „Aktionen sind gut, Aktionismus nicht“, sagte Baumann.

Offene Fragen betreffen auch den Umgang der Wasserversorger mit den PFC nach der Wasserreinigung. Rastatts Bürgermeister Hartweg erklärte, es komme nur eine thermische Behandlung infrage. Bei der Bürgerinitiative „Sauberes

Trinkwasser für Kuppenheim“ stößt es auf Unverständnis, dass das Landratsamt in Kuppenheim die Einleitung von PFC-Konzentrat in den Gewerbekanal genehmigt hat. Die Fracht entsteht nach der Reinigung in der Wasserenthärtungsanlage; in Ermangelung von Grenzwerten stützt sich die Behörde bei der Konzentration auf ein Gutachten der Landesanstalt für Umwelt,

Messungen und Naturschutz.

Aktuell stehen in der Region rund 430 Hektar unter PFC-Verdacht; auf 140 Hektar davon konnten bislang PFC-Belastungen nachgewiesen werden. Untersteller verteidigte das „differenzierte“ Vorgehen der Behörden im Umgang mit der PFC-Problematik. Das Trinkwasser sei ohne Bedenken genießbar; in Absprache mit den Landwirten habe man sich auf eine kontrollierte Begegnung der Felder verständigt. Regierungspräsidentin Nicolette Kressl warb um Verständnis dafür, dass man nicht schlagartig den Landwirten den Anbau untersagen könne. Hier gehe es um wirtschaftliche Existenzen; man müsse fachlich solide abwägen, damit Entscheidungen auch vor Gericht bestehen könnten.

Wie die Kontrollen von Lebensmitteln und Wasser greifen, verdeutlichte Minister Untersteller am Beispiel des Vorente-Monitoring, also Pflanzenuntersuchungen vor der Ernte. In einem Fall seien erhöhte PFC-Werte in Spargel ermittelt worden, weshalb das Gemüse dieses Landwirts nicht vermarktet werden dürfe. Dagegen habe man bei Erdbeeren und Rhabarber keine bedenklichen Werte festgestellt.

● **Kommentar**